

Das vorliegende Memorandum entstand im Anschluss an die Sitzung des Bundesverbandes anthroposophisches Sozialwesen im November 2019 an der Karl Schubert Schule in Leipzig.

In dieser Sitzung haben Kolleginnen und Kollegen Erlebnisse von Diskriminierung, Ausgrenzung, Vorurteilen und Gewalterfahrungen geschildert, die sowohl Menschen mit Assistenzbedarf als auch Mitarbeitende wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Behinderung oder ihrer politischen Einstellung erfahren haben.

Angesichts gesellschaftlicher Entwicklungen in dem oben genannten Sinne entstand in uns der Impuls, dass wir uns als Sozialverband klar politisch positionieren wollen.

## **Leipziger Memorandum**

Verfasst und verabschiedet von Vorstand, Fachbereichen und Regionen des Bundesverbandes anthroposophisches Sozialwesen

Die Mitgliedsorganisationen im Bundesverband anthroposophisches Sozialwesen gestalten Angebote und Dienste zur Unterstützung von Menschen, die zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auf Assistenz angewiesen sind. Durch Beratung, Begleitung und Bildung werden gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen individuell passende Wege zu einer möglichst großen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben entwickelt.

An dieser verantwortungsvollen Aufgabe wirken Menschen aus vielen Ländern der Welt mit. Sie gehören verschiedenen Kulturen, Religionen und Weltanschauungen an oder haben eine andere sexuelle Orientierung als die Mehrheitsgesellschaft.

Gegenseitiger Respekt, Toleranz und die Achtung dieser Vielfalt sowie jedes einzelnen Individuums sind die leitenden Werte unseres Miteinanders.

Das in der Anthroposophie begründete Menschenbild und die darin begründete Erkenntnis, dass jeder Mensch einen geistig-spirituellen Wesenskern hat und damit einzigartig ist, sind hierfür die Basis.

In diesem Sinne wollen wir Arbeits-, Lern- und LebensOrte schaffen, an denen Empathie, Mitmenschlichkeit und Solidarität zentrale Werte darstellen.

Zugleich stehen wir für eine Gesamtgesellschaft, die von Vielfalt und der Einzigartigkeit eines jeden Menschen geprägt ist.

Dies bedeutet, dass wir in unserer politischen Grundhaltung nicht nur für die Rechte und Interessen von Menschen mit Assistenzbedarf eintreten, sondern auch für die Rechte und Interessen anderer Gruppen, die aufgrund der oben genannten Faktoren mitunter Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren.

Denn:

- Wir sind überzeugt, dass die Anerkennung von Vielfalt den Zusammenhalt in einer Gesellschaft stärkt.
- Wir sind überzeugt, dass eine so gewonnene Einigkeit in der Gesellschaft auch wiederum mehr Vielfalt ermöglicht und die Stärken von Unterschieden zwischen Menschen sichtbar macht.
- Wir sind deshalb überzeugt, dass Inklusion nur in einer durch Anerkennung von Vielfalt wirklich geeinten Gesellschaft gelingen kann.

Dies bedeutet für uns, dass wir uns selbst und unsere Arbeit reflektieren. Dazu zählen die Prüfung eigener Denkmuster und das Hinterfragen eigener Vorurteile. Dies setzen wir von den Mitarbeitenden unserer Einrichtungen und Dienste unbedingt voraus.

Von allen Mitarbeitenden, aber auch von PartnerInnen, die geschäftlich mit uns zu tun haben oder haben wollen, erwarten wir, dass sie unsere Haltung teilen.

Deshalb verlangen wir von ihnen, Verhaltensweisen zu unterlassen, die zum Ausdruck bringen, dass sie eine diverse, inklusive und kulturell vielfältige Gesellschaft ablehnen oder dass sie unsere freiheitliche demokratische und soziale rechtsstaatliche Grundordnung nicht anerkennen.

Dies kann sich in der Mitgliedschaft und Mitarbeit in Parteien oder Gruppierungen ausdrücken, die diese Werte nicht anerkennen.

Dies kann sich durch Äußerungen ausdrücken, in denen Positionen vertreten werden, die diesen Werten zuwiderlaufen.

Dies gilt auch für die Verwendung von Kennzeichen mit menschenverachtenden Inhalten sowie das Tragen von Kleidung, die entsprechende Positionen oder Zugehörigkeiten verdeutlichen soll.

Wir sind offen für jeden sachlichen Diskurs und freuen uns, auch mit Andersdenkenden über unsere Werte ins Gespräch zu kommen.